

Zoff in der SPD: Binder greift Esken scharf an - wer führt künftig?

Saskia Esken steht im Fokus der Kritik von SPD-Generalsekretär Binder. Sein Vorschlag zur Frauenquote im Kabinett sorgt für Diskussionen.



Calw, Deutschland - Im Zentrum der politischen Auseinandersetzung innerhalb der SPD Baden-Württemberg stehen derzeit harsche Kritik und innerparteiliche Spannungen. SPD-Landesgeneralsekretär Sascha Binder richtet scharfe Vorwürfe gegen die Bundesvorsitzende Saskia Esken. Laut Binder benötigt die Partei Führungspersönlichkeiten, auf die man stolz sein kann; er sieht Esken jedoch nicht als geeignet für Kabinettsposten. Ein solches Amt erfordere großes Vertrauen sowohl innerhalb der Partei als auch bei der Bevölkerung, was Binder bei Esken vermisst. Stattdessen unterstützt er die Idee, dass künftig vier der sieben Kabinettsposten an Frauen vergeben werden sollten, obwohl er Esken nicht zu den besten Kandidaten zählt. Binder betont die Notwendigkeit, dass die SPD

über Inhalte abstimmen müsse und kritisiert, dass Esken selbst über die Kabinettsposten diskutiert.

Binder steht in seiner Einschätzung nicht allein. Während es von Esken und dem SPD-Landeschef Andreas Stoch keine Stellungnahme zu den Vorwürfen gibt, verteidigt die ehemalige SPD-Landeschefin Leni Breymaier Esken und kritisiert im Gegenzug Binder. Breymaier wirft Binder vor, den Frauen in der Partei das Leben schwer zu machen, was in der aktuellen politischen Landschaft angesichts eines stagnierenden Frauenanteils im Bundestag von etwa einem Drittel besondere Brisanz hat. Der Artikel von Agnes Blome und Kai-Uwe Müller im DIW Wochenbericht beleuchtet dies umfassend und zeigt auf, dass die politische Teilhabe von Frauen auch in der SPD eine zentrale Herausforderung darstellt.

Frauen in der Politik: Ein langanhaltendes Problem

Die Debatte über geschlechtliche Repräsentanz in der Politik ist nicht neu, doch sie bleibt drängend. Trotz mehrerer Initiativen zur Förderung der Gleichstellung, wie das Parité-Gesetz in Brandenburg und Thüringen, stagniert der Frauenanteil im Deutschen Bundestag seit über 20 Jahren. Zahlreiche Statistiken und Informationen des Bundesministeriums des Innern sowie der Bundeszentrale für politische Bildung belegen diesen Stillstand und machen deutlich, dass politische Parteien wie die SPD, CDU oder Die Linke ihre internen Strukturen und Satzungen hinsichtlich der Repräsentation von Frauen überdenken müssen. **Die Bundesstiftung Gleichstellung** hebt hervor, dass es einer reformierten Herangehensweise bedarf, um die gleichberechtigte politische Beteiligung sicherzustellen.

Der Streit um die Personalpolitik innerhalb der SPD könnte auch Auswirkungen auf zukünftige Koalitionen und Regierungsgeschäfte haben. Wenn die Partei nicht in der Lage ist, die interne Einigkeit zu wahren und eine klare Position bezüglich ihrer Führungsstruktur zu finden, könnte das ihren

Einfluss in der politischen Landschaft weiter schmälern. Zugleich wird die Frage nach der Relevanz von Frauen in Führungsrollen in der Politik neu aufgeworfen. Die politische Diskussion, wie sie jüngst in der Auseinandersetzung um Eskens Führungsstil deutlich wurde, zeigt, wie wichtig es ist, die Stimmen von Frauen in die Entscheidungsprozesse aktiv einzubeziehen.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Calw, Deutschland
Quellen	• www.swr.de • www.sueddeutsche.de • www.bundesstiftung-gleichstellung.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de